

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringens monatlich 80 Pf. und der Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktions-Dringensstraße 21, II. Telefon 5465. Sprechstunde aussermontags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Dringensstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 50.

Dresden, Dienstag den 2. März 1909.

20. Jahrg.

Der Militarismus in England.

Von unserem Korrespondenten.

J. S. London, 28. Februar.

Die Organisation des Heeres bereitet den herrschenden Englands schon seit langem große Sorgen. Das größte Problem ist es bekanntlich in England nicht, sondern die Mittel für das stehende Heer werden für Geld angeordnet. Das stehende Heer ist aber sehr kostspielig und dabei mangelhaft, denn es sind nicht die besten Elemente der Bevölkerung, die zu einem solchen Geschäft hergeben. Was aber den Engländern noch weit größerer Kummer verursacht, ist dies, es trotz der gewissenlosesten Maßnahmen nicht gelungen ist, genügende Zahl von solchen ständigen Soldaten anzuziehen. Außer diesem stehenden Heere gibt es auch noch in England die Kruppen, welche bis vor kurzem hauptsächlich den Söhnen der Mittel- und Klein-Bourgeoisie bestanden. Die gegenwärtige Regierung hat nun einen weitreichenden Plan zum Ausbau dieser freiwilligen Kruppen ausgearbeitet, um eine Art von Landwehr daraus zu machen. Diese Kruppen heißen „Territorial Force“. Die nächste Vorbildung für den Erfolg dieses Heeres war die „Territorial Force“ besteht nun bereits seit zwei Jahren, die ersten Arbeiter sind jedoch ausgebildet: zwei Drittel der erforderlichen Soldaten haben sich zur Aufnahme gemeldet.

Diesem Uebel abzuwehren ist das eifrige Bestreben der Regierung und der herrschenden Klassen. Während der letzten Monate wurde in der Presse, in Versammlungen, in einer so wüsten militaristischen Agitation vom Kaiser, wie man sie bisher in England nicht erlebt hat. Mittel ist gut genug, wenn es nur gelingt, die Arbeiter Landwehr hineingelockt. Die deutsch-englische Kriegspropaganda der Militaristen gerade in den Kruppen und sie dieselbe mit allen Mitteln zu steigern. Seit Monaten in die Säulen der deutschen Invasion in Lager und „Einschichten“ in Büchern und Broschüren, ernst humoristisch, wissenschaftlich und poetisch geschildert, um die wichtigsten Volkskreise von der Notwendigkeit der Bildung einer mächtigen Armee zu überzeugen. Ja, sogar die Bühne ist diese schändliche Agitation geschleppt worden. „Angenommener Patriot“ hat unter dem Titel „Gines Englands Heim“ ein Theaterstück geschrieben, in welchem der Kampf des fremden Heeres und die Vermittlungen geschildert werden, welche dasselbe im eigenen Hause des englischen Spielers anrichtet. Vom künstlerischen Gesichtspunkte ist das Stück völlig wertlos, aber trotzdem wurde es von der gesamten Presse sofort für eine geniale Leistung ausgerufen und tagelang in spaltenlangen Artikeln behandelt. Der eingeschleppte Zweck von alledem ist aber nichts anderes, als die jungen Leute zum Eintritt in die „Territorial Force“ aufzumuntern.

Solange diese militaristische Agitation sich auf die Werbung von „geistigen“ Waffen beschränkt, konnte man sie als noch gewöhnlich lassen, so wenig „Geist“ und Anstand die Waffen auch verrietten. Man konnte Beruhigung finden in dem Bewusstsein, daß die Herzen mit derartigen „geistigen“ Waffen ihren Zweck, der eigentlich in der vollständigen Willkür England besteht, nicht niemals erreichen werden. Aber ist das anders geworden. Von den „geistigen“ Waffen wendet man sich zum Schwert und zur Gewaltpolitik, der in die „Territorial Force“ eintritt, ist verpflichtet, sich auf drei Wochen zu den Feldübungen einzurücken. Die „Territorial Force“ Arbeiter geben jenen ihrer Angestellten, sich so dem Heere anzuschließen, auch bisher den erforderlichen Urlaub, während jenen Angestellten, deren patriotischer militärischer Sinn nicht genug entwickelt war, um sich freiwillig der Dienstpflicht von Bourgeoisoffizieren zu unterwerfen, natürlich gar keinen Urlaub erteilt. War der Charakter dieser Waffen schon zweifelhaft genug, so ist der gänzlich unerbittliche Zwang nicht lange auf sich warten lassen. Mehrere größere Arbeitgeber, darunter eine Hunderte von Angestellten beschäftigende Versicherungsgesellschaft unter der Leitung von Lord Rothschild, haben vor einigen Tagen angekündigt, daß sie nur solche Arbeiter und Angestellte beschäftigen werden, die in die „Territorial Force“ eintreten. Einmal so weit gekommen, bedurfte es nur noch eines Schrittes, die imperialistische Presse das Publikum aufzufordern, solche Firmen mit seiner Kundtschaft zu meiden, welche ihre Angestellten in der Weise zwingen, dem Heere „freiwillig“ beizutreten.

Die Angelegenheit kam auch im Unterhause zur Sprache in Form einer an den Kriegsminister Saldaun gerichteten Frage. In seiner Antwort erklärte der Kriegsminister Saldaun, daß er die Vorgangsweise der betreffenden Versicherungsgesellschaft als vollkommen berechtigt anerkenne und sie rückhaltlos billige. Damit die Sache auf ihre Spitze getrieben. Es ist heute noch kaum abzusehen, wohin diese ungeheuerliche Bewegung noch führen kann. Der „freie“ Engländer, der jahrzehntlang mit nicht geringem Unrecht auf die armen Festland herabgesehen, die, ohne gefragt zu werden, sich in den Festland steden lassen mußten, wird über kurz oder lang die Wahl gestellt sein, entweder „freiwillig“ in die Armeen

eintreten oder als freier Mann Gungers zu sterben. Wenn dieses System zur vollen Entwicklung gelangt — und was kann eine gut finanzierte und von der Presse unterstützte Agitation in England nicht durchsetzen? — dann wird in England ein noch hundertfach schlimmerer Zustand herrschen als bei offener staatlicher Wehrpflicht. Die allgemeine Wehrpflicht erstreckt sich wenigstens auf alle jungen Leute, ob arm oder reich, und wird vom Parlament als Vertreter des Volkswillens aufgelegt, aber dieses neue englische System ist der schwächste Klassenterrorismus, weil es unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Schwäche der Arbeiter gerade sie und nur sie zwingt, gegen ihren Willen Soldaten zu sein, noch dazu ein Zwang, der ihnen von ihren unmittelbaren Ausbeutern auferlegt wird.

Es ist in der Tat nicht zu verkennen, daß dieses neue System nur als Vorbereitung zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gedacht ist. Man will offenbar unmerklich einen Zustand schaffen, dem gegenüber die allgemeine Wehrpflicht als Befreiung begrüßt werden wird. Die englischen Imperialisten haben es auf die Schaffung einer Armee abgesehen, die, wie der Kriegsminister Saldaun, der sich in geradezu beunruhigender Weise immer mehr als Führer der Jingo's behauptet, selbst sich vor einigen Tagen ausgedrückt hat, „so groß und so stark wie die deutsche Armee“ sein müsse. Es ist dies eine neue Offenbarung des reaktionären Umsturzes der „mohgebeden“ imperialistischen Meinung in England. Man weiß, worauf dieser Umsturz im wesentlichen zurückzuführen ist. Die englische Regierung hat alles versucht, was man unter den Umständen von ihr erwarten konnte, um ein Einverständnis mit der deutschen Regierung zur gegenseitigen Einschränkung der Rüstungen zu erzielen. Diese Verhandlungen Englands sind von seiten Deutschlands jedesmal mit einem glatten Nein beantwortet worden. Es ist deshalb immerhin begreiflich, wenn der englische Spielbürger nach gerade sich für die Überzeugung hat gewinnen lassen, daß Deutschland direkt auf die Vernichtung der englischen Seeherrschaft hinarbeitet. Die verheerenden Folgen davon werden jetzt offenbart. Eine mächtige englische Armee bedeutet aber nicht nur die Anechtung des englischen Volkes durch den Geist des Militarismus, sondern auch eine ständige furchtbare Gefährdung des Friedens in allen Teilen der Welt. Es steht zu befürchten, daß der Widerstand der organisierten englischen Arbeiterklasse und der besonnenen Elemente des Bürgertums diesem Kollern des militaristischen Wahns wenig widerstehen können, es sei denn, daß von jenseits der Nordsee noch rechtzeitig ein wirklicher, unabweisbarer Beweis — nicht nur in Worten, sondern in Taten — der Friedensliebe kommt.

Eine Firmenänderung.

Nicht Camp-Gerold, sondern Camp-Weber.

Das Kompromiß über die Reichsfinanzreform soll in den nächsten Verhandlungen der Blokparteien einer Firmenänderung unterzogen worden sein: es soll nicht mehr Camp-Gerold, sondern Camp-Weber heißen, und soll nicht vom konservativen ultramontanen, sondern vom konservativ-liberalen Block gemacht werden. Inwieweit in dieser Änderung der Bezeichnung auch eine Änderung des Inhalts verbunden ist, darüber gehen die Meldungen und Meinungen einfallen noch sehr auseinander: Es gibt kaum eine denkbare Kombination, die nicht im Laufe des Monats als Tatsache gemeldet und lebhaft diskutiert worden wäre. Während der „Tag“ meldet, daß eine mögliche Verbesserung der Erbschaften in der direkten Linie vorgezogen sei, versichert die Deutsche Tageszeitung, daß nicht nur die Nachlasssteuer, sondern auch der Ausbau der Erbschaftsteuer als definitiv gescheitert anzusehen wäre. Nach einer anderen Version sollen gar vierzig Arten von Retikulärbeträgen vorgezogen sein, gewöhnliche im Betrage von 50 Millionen und „veredelter“ im Betrage von 100 Millionen, die „durch Versteuern auszubringen“ sein sollen. Das wäre dann genau derselbe unanständige, blöde auf die Täuschung mißlich gut unterrichteter Wähler berechnete Schwindel, den die Kreuzzeitung in ihrer letzten Sonntagsschundschau als die „patriotische Tat“ des Zentrums preist. Durch diese „patriotische Tat“, das steht auf alle Fälle fest, hat sich das Zentrum sehr energisch wieder in die Regierungsparteien „eingeschaltet“. Wird die Reichsfinanzreform in die des schwarz-schwarzen Blocks gemacht, und sind die Liberalen „gutmütig“ genug, die Verantwortung für diesen Schwindel auf sich zu nehmen, während die schlauen Schwarzen durch Ablehnung irgendeiner unpopulären Verbrauchssteuer ihre stark rampontierte „Volkshilfschaft“ aufrechten werden, ist für das Zentrum natürlich noch viel besser!

Die Freilinnige Zeitung schreibt:

„Mit den Kompromißverhandlungen, die zwischen den Blokparteien der Reichsparteien in den letzten Tagen geschlossen worden sind, beschäftigen sich an diesem Montag die einzelnen Fraktionen. Die Freilinnige Fraktionsgemeinschaft beriet am Montag abend. Was bisher in einigen Sitzungen über die Resultate der Kompromißverhandlungen verhandelt worden ist, beruht auf reinen Mutmaßungen. Eine definitive Fassung der Kompromißverhandlungen ist überhaupt noch nicht gefunden worden.“

Zweierlei Recht.

Im preussischen Abgeordnetenhaus kam es am Montag bei der Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats des Ministeriums des Innern zu wichtigen politischen Auseinandersetzungen. Im Vordergrund des Interesses standen die Ausführungen des Genossen Hirsch über die Straßen-Demonstrationen. Hirsch hatte angekündigt, daß die Sozialdemokratie, unbestimmt um Drohungen, sobald sie es für notwendig hält, auch wieder von dem erlaubten Mittel der Straßendemonstration Gebrauch machen würde. Diese Ankündigung hatte die bürgerlichen Parteien und auch die Regierung um den Rest ihres Verstandes gebracht und der Minister des Innern, Herr v. Nolke, hielt gegen unsere Partei eine Rede, um die ihn sein doch gewiß sorglicher Vorgänger v. d. Rede mit Recht beneiden könnte. Ein paar aus dem Zusammenhang herausgerissene Sätze aus der Rede Nebel in Nürnberg und aus einem Artikel des Genossen Parvus in der Neuen Zeit dienten ihm als Grundlage für die Behauptung, daß die Sozialdemokratie mit Gewalt ihre Ziele durchsetzen wolle. Die Straßendemonstrationen sind für ihn der Anfang dieser Gewalt und solange die Sozialdemokratie sich ihrer bedient, seien Geheimpolitiken notwendig. Dieser Ehrenmänner selbst nahm sich Herr v. Nolke mit rührenden Worten an. Sie können kein Wasserchen trüben, sie provozieren die Arbeiter nicht und sie bringen auch keine Schandungen auf Ihren höchsten Chef, dem Fürsten Bismarck, aus. So behauptet es Herr von Nolke vom Ministerial, findet dabei den Beifall sämtlicher bürgerlichen Parteien, obwohl durch eblische Neugierigkeiten und sogar durch die Urteilsbegünstigung eines preussischen Gerichts, das sicher nicht in dem Maße besonders sozialistenfreundlicher Gesinnung stehen wird, Klipp und klar ausgesprochen wird, daß diese Polzeiaktionen nicht nur an den Demonstrationstagen teilgenommen, sondern auch die Arbeiter zu provozieren versucht haben! Mit heftigen Worten gegen unsere Partei suchte der Minister das Haus über die Inakzeptabilität seiner Rede hinwegzuführen. Nach dem Beifall zu schließen, den er am Schluß erhielt, ist ihm das auch gelungen.

Die Vorberren des Ministers ließen den konservativen Herrn Stroffer nicht schlafen und so hieß er denn eine halbe Stunde lang in die gleiche Rede. Auch er rief einzelne Sätze aus ihrem Zusammenhang, verlas Stellen aus Schriften unserer Partei, die 30 und mehr Jahre alt sind, um dann mit einem logischen Saltomortale als apodiktische Wahrheit den Satz aufzustellen, daß die Sozialdemokratie eine Partei der Gewalt sei. Daß auch er die Straßendemonstrationen verurteilt, ist so selbstverständlich, daß es nicht der Erwähnung wert wäre. Aber das ist ja jenseitiger Offenheit für die Patrioten, für nationale Kundgebungen das Recht auf die Straße anerkennen will, das er den Arbeitern verweigert, verdient niedriger gehalten zu werden. Selten ist von der Tribüne des Abgeordnetenhauses der Grundsatze des zweierlei Rechts mit einer solchen Rücksichtslosigkeit vertreten worden, als in der Rede dieses schlimmen aller Reaktionsäre!

Der Oberstaatsminister Freiherr v. Bellow vollstänndigte das Kleblatt. Auch er malte die Gefahr der roten Gewalt an die Wand, die von der Sozialdemokratie drohe. Der geplante Meier Wahlrechtskreis findet natürlich seine höchste Billigung und die Hoffnungen, die er auf die Meier Freilinnigen legt, werden diese hier erfüllen. Die „bürgerliche Opposition“ kam zum Wort in den Reden der Freilinnigen Fischbeck und Dr. Pachnick. Diese Opposition war denn auch danach, Herr Fischbeck lebte die preussische Regierung wegen ihrer freibürgerlichen Handhabung des Wahlgesetzes und schied die Schuld für vorgekommene Ungeheuerlichkeiten auf die unteren Organe. Ganz in den Still der Mittelständler verfiel er, als er bei der Durchführung der Wählerreform größere Rücksichtnahme auf die Hausbesitzer verlangte. Nur bei der Befreiung des Falles Schädigung fand er einige schärfere Worte, denen man aber anmerkte, wie genaut sie waren. Und nun gar Herr Pachnick! Seine ganze Rede war eine Polemik gegen die Sozialdemokratie, die mit den Straßendemonstrationen ein gefährliches Spiel treibe. Wir danken für die Fürsorge dieses freilinnigen Staatsmannes, der sich am Schluß seiner Rede sogar zu einer Verurteilung der Klassenwahl für die Gemeindevorstellungen herbeiließ.

Nachdem ein Schlußantrag unserer Genossen das Wort zur Erweiterung abgeschritten hatte, wurde unser Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Kommunen von der einen reaktionären Masse niedergestimmt, während der andere, der das Gemeinbewahlrecht vom Bezüge von Armenunterstützung unabhängig machen will, der Gemeindevorstellungen überwiegen wurde. Das Gehalt des Polizeiministers wurde gegen die Stimmen unserer Genossen bewilligt.

Deutsches Reich.

Kaiserrede.

Der Kaiser hat eine Gelegenheitsrede ergriffen, um sich wieder als Redner zu betätigen. Das preussische Kriegsministerium befreit seit 100 Jahren und aus diesem militaristischen Anlaß wurde eine große Festfeier in dem Gebäude des Kriegsministeriums abgehalten. Hierzu erschien Wilhelm II., der, wie der L.-Z. zu berichten ist, erfordern erachtet, „sehr festlich aussehend und mit elastischen Schritten, kühnlich gränzend, sich zum Thron begab, auf dem er sein Haupt mit dem Helm bedeckte“. Weiter sagt der L.-Z.: